

Presseinformation

Frei zur Veröffentlichung: sofort
Datum: 23.10.2009



SPD will klares Bekenntnis der Landesregierung

Forderung nach Ausbau der Oswald-von-Nell-Breuning-Schule zu einer gebundenen Ganztagschule

Die SPD Fraktion möchte in der nächsten Stadtverordnetenversammlung die Forderung nach dem Ausbau der Oswald-von-Nell-Breuning-Schule (NBS) zu einer gebundenen Ganztagschule durch die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt haben. Seit nunmehr fünf Jahren ignoriere das hessische Kultusministerium den jährlich wiederholten Wunsch der Schulgemeinde und verhindere so eine weitere Entwicklung der NBS. Dies ist nach Ansicht der SPD nicht mehr weiter hinnehmbar. Sie fordert daher ein klares Bekenntnis von der hessischen Landesregierung und eine konkrete Perspektive für die NBS, um so dem Wunsch von Lehrkräften, Eltern und Schülerinnen und Schülern endlich nachzukommen.

„Ganztagschulen würden für alle Schülerinnen und Schüler ein erweitertes Bildungsangebot darstellen, das dazu beitrage, ihre individuelle Persönlichkeit zu fördern“, begründete Fraktionschef Lauer den Vorstoß seiner Fraktion.

Darüber hinaus würden Studien aufzeigen, dass gerade Ganztagschulen in der Lage sind, soziale Unterschiede zu verringern, Sprachbarrieren zu überwinden, Integration voranzubringen und allen Schülerinnen und Schülern gleichermaßen eine gute Bildungsperspektive zu bieten, ohne das dies zu einer Nivellierung führe.

Die Gremien der NBS hätten bereits Mitte Januar 2004 einen Antrag auf Einrichtung einer gebundenen Ganztagschule gestellt. Der Schulträger (Kreis Offenbach) habe diesen Antrag geprüft und unterstütze das Ansinnen vollständig.

Lauer zeigte sich enttäuscht, dass seit nunmehr mehr als fünf Jahren das hessische Kultusministerium den jährlich wiederholten Wunsch der Schulgemeinde ignoriere und so eine weitere Entwicklung NBS verhindere. „Dies sei schlichtweg nicht weiter hinnehmbar“, so der Fraktionschef der SPD.

Daher müsse ein klares Signal von Seiten der Stadtverordnetenversammlung an das hessische Kultusministerium gesendet werden. Die SPD fordert und erwartet von der hessischen Landesregierung eine konkrete und planbare Perspektive für die NBS in Sachen gebundene Ganztagschule. Dem Wunsch von Lehrkräften, Eltern und Schülerinnen und Schülern müsse endlich Rechnung getragen werden. Eine weitere Hängepartie sei nicht weiter vermittelbar.

Lauer betonte, dass die Entscheidung des Kreistages letzte Woche - Investitionen von 2,9 Millionen aus Konjunkturmitteln an dieser Schule vorzunehmen – eine richtige und wichtige Entscheidung in diesem Zusammenhang darstelle. Einer weiteren Verzögerung von notwendigen Entscheidungen der Landesregierung würde mit einer deutlich verbesserten Infrastruktur der Nährboden entzogen. Die SPD sehe angesichts der Faktenlage daher eine breite Zustimmung zu ihrem Antragsbegehren im Stadtparlament.

Bei Rückfragen oder für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an den Fraktionsvorsitzenden der SPD:

Armin Lauer
Mobil: 0173 – 301 61 61
Email: lauer@spd-roedermark.de